

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEMITTEILUNG

8. Februar 2012

Israel: Geplante Zwangsvertreibung von Beduinengemeinden in Jahalin absagen

Wie Amnesty International heute in einem aktuellen Briefing-Papier forderte, sollte der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak Militärpläne zur Zwangsvertreibung von rund 2.300 beduinischen Bewohnern und Bewohnerinnen der Westbank in einem Gebiet nahe der städtischen Jerusalemer Mülldeponie rückgängig machen.

In ihrem Kurzbericht *Stoppt den Transfer: Israel ist im Begriff für Siedlungserweiterungen Beduinen aus ihren Wohnhäusern zu vertreiben* fordert die Organisation das israelische Militär auf, einen sofortigen Stopp der Hausabrisse für alle 20 Gemeinden anzuordnen, die von den Plänen betroffen sind.

Amnesty International erklärte, dass die mündlichen Versprechungen, die ein Militärvertreter in der vorangegangenen Woche abgegeben hatte, nicht ausreichen. Nach dessen Aussage sollen die noch anhängigen Abrissbefehle für Khan al-Ahmar, eine der Beduinengemeinden, für die eine Zwangsumsiedlung in den Bezirk Jerusalem in der besetzten Westbank geplant ist, nicht ausgeführt werden.

„Tausende Beduinen, die in den dörflichsten Gemeinden der Westbank leben, sehen sich durch diesen Plan des israelischen Militärs mit der Zerstörung ihrer Häuser und ihrer Lebensgrundlagen konfrontiert. Viele von ihnen sind als Kriegsflüchtlinge anerkannt, und manche wurden seit dem Jahr 1948 schon mehrfach vertrieben“, sagte Ann Harrison, die stellvertretende Leiterin des Nahost- und Nordafrika-Programms bei Amnesty International.

„Für die Bevölkerung aller 20 Gemeinden wie für Palästinenser in der Westbank überhaupt müssen die israelischen Behörden das Recht auf eine adäquate Unterkunft garantieren. Das bedeutet auch, diese vor Zwangsvertreibungen zu schützen und mit allen Gemeinschaften ernsthafte Gespräche zu führen.“

Im Juni 2011 erwähnten Vertreter der israelischen Zivilverwaltung gegenüber UN-Agenturen zum ersten Mal einen Plan, anhand dessen rund 2.300 Bewohner und Bewohnerinnen beduinischer Ortschaften im Kreis Jerusalem in ein Gebiet umgesiedelt werden sollen, das nur etwa 300 Meter von der städtischen Jerusalemer Abfalldeponie entfernt liegt.

Die betroffenen Dörfer liegen allesamt in der Nähe des illegalen Siedlungsblocks Ma'ale Adumim und manche von ihnen in Gebieten, wo Siedlungserweiterungen vorgesehen sind.

Die betroffenen Orte liegen alle in Zone C der besetzten Westbank, wo Israel die Verfügungsgewalt über die Planung und Bebauung inne hat. Nach Ansicht des israelischen Militärs sind die meisten Gebäude in diesen Gemeinden illegal und ohne die erforderliche Genehmigung errichtet. Allerdings ist es für die palästinensischen Gemeinden in der C-Zone nahezu unmöglich, eine Baugenehmigung zu bekommen. Gegen die meisten Gebäudestrukturen in diesen Dörfern wurden Abrissanordnungen verhängt, darunter Wohnhäuser, Küchen, Toilettengebäude, Tierställe und zwei Grundschulen.

Die Beduinen selbst sind von Seiten der israelischen Militärbehörden in Bezug auf den Umsiedlungsplan nicht zu Rate gezogen worden. Ihre Gemeindevertreter erklärten Amnesty

International, dass sie den Plan ablehnen, weil sie ihre traditionelle Lebensweise nicht beibehalten könnten, wenn sie in ein abgegrenztes Areal in der Nähe der Mülldeponie gebracht würden.

Schon in den späten 1990er Jahren hatte Israel beduinische Familien zwangsweise in dasselbe Gebiet umgesiedelt und dabei deren Wohnunterkünfte zum Teil nur 150 Meter von der Mülldeponie entfernt eingerichtet. Beduinen, die heute noch dort leben, sagten zu Amnesty International, dass dieser Ort für ihre Lebensweise ungeeignet ist, dass sie alle ihre Herden hatten verkaufen müssen, weil es dort an Weideland fehlt, und dass sie mit hohen Arbeitslosenzahlen zu kämpfen haben. Einige seien in auch in die Gebiete zurückgekehrt, aus denen sie vertrieben worden waren.

Nach Angaben des israelischen Ministeriums für Umweltschutz werden täglich bis zu 1.100 Tonnen Müll auf der Halde abgeladen, meistens aus Jerusalem. Das Ministerium erklärte, dass die Deponie Luftverschmutzungen, Bodenbelastungen und möglicherweise auch Kontaminationen des Grundwassers mit sich bringe. Das Gelände sei unsachgemäß abgezaunt, und durch die unbehandelten Methangase, die beim Zerfallen des Mülls entstehen, stelle die Halde eine „Explosions- und Brandgefahr“ dar.

Obwohl die Müllentsorgung an diesem Ort im späteren Verlauf des Jahres eingestellt werden soll, hat man sich bisher noch nicht auf einen Rekultivierungsplan geeinigt. Das bedeutet, dass die Belastungen der Umwelt wahrscheinlich noch auf Jahre weiter vorhanden sein werden.

Israelische Regierungsvertreter betonen, dass im Umsiedlungsplan ein Anschluss der umgesiedelten Beduinengemeinden an die Strom- und Wassernetze vorgesehen ist. Zu der Frage, warum Israel solche Versorgungsdienste für illegale Siedlungen und für ohne Genehmigung gebaute Siedlungsvorposten in der Westbank, nicht aber für die seit langer Zeit bestehenden Beduinengemeinden dort leisten kann, gaben sie keine Erklärung ab.

Um ihre Reaktionen auf den Umsiedlungsplan zu koordinieren, haben die 20 beduinischen Gemeinden ein „Schutzkomitee“ ins Leben gerufen. Nach Angaben dieses Komitees bestehe die von den Beduinen bevorzugte Lösung darin, dass sie alle - gemäß dem Recht auf Rückkehr, welches ihnen international zuerkannt ist - zu ihren Ländereien in der israelischen Negev-Wüste zurückkehren, von wo sie in den 1950er Jahren durch die israelischen Behörden vertrieben wurden.

Wie die Beduinengemeinden erklären, liegt ihre zweite Option darin, dass Israel ihnen das Recht zuerkennt, in ihren jetzigen Häusern zu bleiben, sie an die Wasser-, Strom- und Straßennetze anschließt und die willkürlichen Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit aufhebt. Denn gerade durch diese Restriktionen müssen viele Beduinen nun Tierfutter für ihre Schafe und Ziegen kaufen, während die Tiere früher überall frei grasen konnten. Das zwingt viele, ihre Tierbestände zu verkaufen.

Als letzte Option wären die Beduinen gewillt, erneut über eine Möglichkeit zur Umsiedlung zu verhandeln, wenn die israelische Zivilverwaltung sie als gleichwertige Verhandlungspartner behandeln würde.

Eine Woche zuvor hatte Generalmajor Eitan Dangot, der Koordinator der Regierungsunternehmungen in den Territorien, die Gemeinde Khan al-Ahmar besucht und Berichten zufolge versprochen, dass die Wohnhäuser und die Gemeindschule des Dorfes nicht abgerissen würden und dass die Einwohner und Einwohnerinnen nicht an den Ort in der Nähe der Abfalldeponie gebracht würden. Er sagte, dass die Beduinengemeinschaft in ein anderes Areal in der besetzten Westbank umgesiedelt werde.

Amnesty International ist jedoch der Meinung, dass eine solche Aussage nicht ausreichend sein kann.

„Israelische Militärvertreter neigen dazu, ihre Pläne dadurch zu beschönigen, dass sie diese als den einzigen Weg hinstellen, der die Beduinen mit grundlegenden Annehmlichkeiten wie Wasser und Strom versorgt. Tatsächlich ist es aber so, dass eine solche Zwangsumsiedlung der Beduinen nur ihre schon seit Jahren anhaltende Enteignung und Diskriminierung fortführen würde und durchaus auch als ein Kriegsverbrechen gewertet werden könnte“, so Ann Harrison.

„Formlose Versprechen reichen im Fall dieser Gemeinschaften nicht aus. Israels Verteidigungsminister muss dieser Politik eine klare, offizielle Absage erteilen.“

Hintergrund

Nach Angaben der israelischen Beobachtergruppe *Peace Now* hat die Bautätigkeit in den illegalen israelischen Siedlungen im Jahr 2011 um 20 Prozent zugenommen. Zusätzlich unternahmen die israelischen Behörden den Schritt, 11 neue Siedlungen anzuerkennen, die rund 2.300 Siedler beherbergen, indem Außenposten, die ohne Regierungsgenehmigung errichtet waren, nachträglich legalisiert wurden. .

Im Jahr 2005 begannen die Vereinten Nationen mit einer umfassenden Aufzeichnung all dieser Vorgänge. Israels Abrisse von palästinensischen Wohnhäusern in der besetzten Westbank haben im Jahr 2011 fast 1.100 Menschen zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben. Das ist im Vergleich zum Jahr 2010 eine Zunahme von 80 Prozent. Verglichen mit allen anderen Jahren seit 2005 sind es sogar noch mehr. 90 Prozent dieser Hausabrisse fanden in den ungeschützten Ansiedlungen von Bauern und Hirten in der C-Zone statt. Hierzu zählen auch die Abrisse in verschiedenen Beduinengemeinden im Bezirk Jahalin.

Zudem ist die Regierung Netanyahu beständig bemüht, ihren E1-Plan zur Erweiterung von Siedlungen zwischen Jerusalem und Ma'ale Adumim umzusetzen. Über die Hälfte der Gemeinden, für die eine zur Umsiedlung vorgesehen ist, befindet sich in dem zum Siedlungsausbau anvisierten Gebiet. Wenn diese Pläne umgesetzt werden, dann wird die Westbank dadurch effektiv in einen nördlichen und einen südlichen Teil getrennt.

Öffentliches Dokument
